

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Nachrichten  
Verlagsnummer: 22441  
Für die Redaktion: Nr. 20011  
Schriftleitung u. Druckerei:  
Dresden - K. 1, Marienstraße 23/24

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2.40 RM. (einschließlich 20 Pfg. für  
Trägergebühr), durch die Post 2.40 RM. einschließlich 20 Pfg. Postgebühr (ohne Veranlassungsgeld).  
Wochenpreis 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Einzelheft 5 Pfg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach  
Zeilen und Spalten berechnet: die einseitige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für anderwärts 40 Pfg., Familien-  
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Zeilenzeile  
300 Pfg., außerhalb 350 Pfg., Offertenerklärungen 20 Pfg., Autorisierte Aufträge gegen Voranbezahlung

Dresdner-Nachrichten  
Verlag: Neppich & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1088 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresden, K. 1, K. 1, Marienstraße 23/24)  
Schriftleitung werden nicht aufbewahrt

## „Kampf dem Bürgertum auf Leben und Tod“

### Dittmann fordert die sozialistische Republik

Berlin, 20. August. Die Berliner Sozialdemokratie hielt am Dienstagabend in Gemeinschaft mit dem Reichsbanner eine Wahlkundgebung ab, in der der Reichsbannerführer Dittmann den gesamten bürgerlichen Parteien einen „Kampf auf Leben und Tod“ ansagte. Der 14. September mühte das sozialistische Proletariat um ein großes Stück dem Endziele näherbringen, das gewiss nicht in dieser verächtlichen Republik bestesse, sondern in der sozialistischen klassenlosen Republik. Verzweifelt versuche das Bürgertum diesen Vormarsch der Sozialdemokratie zu hemmen, was ihm aber niemals gelingen werde, da die Kampftruppen der SPD. Siegesentschlössen vorwärts marschierten. Besonders scharf griff Dittmann den Zentrumsführer Brüning an, der mit Artikel 48 die Diktatur zu erreichen versuche. Hier müsse ein kräftiges Donnerwetter hineinfahren in die Kreise, die sich anmaßen, eine Diktatur zu spielen. „Gehen wir sie am 14. September alle zusammen, daß ihnen auf lange Zeit die Luft zu neuen Regierungsabenteuern vergeht.“

Das ist so die richtige Sprache, um dem deutschen Bürgertum die Augen darüber zu öffnen, was am 14. September gespielt wird. Diese Republik, von der der völkerverhetzende Abgeordnete Dr. Hugo Fürstlich gesagt hat, daß sie ein getreues Abbild des einstigen Habsburger Zukunftsstaates sei, weil es dem Marxismus zum Teil mit Hilfe bürgerlicher Parteien gelungen ist, sie in ein als Klassenstaat eingestelltes Gebilde umzuwandeln, diese Republik also scheint dem Abgeordneten Dittmann — bekannt als Schürer der Marineunterwelt von 1917 — noch zu „verbürgerlich“. Wie soll sie erst aussehen, wenn sie in seinem Sinn „sozialistisch“ ist!

Auch über den Zweck des sozialdemokratischen Kampfes gegen die Regierung mit Artikel 48 ist dieser Revolutionsheld recht deutlich geworden. Die Diktatur wäre ihm offenbar nicht unpopulär, wenn sie von ihm und seinen Genossen auf den Trümmern des Staates und der Wirtschaft ausgeübt werden könnte. Aber die prahlerische Siegesgewissheit dieser Wahlparole scheint nach den Erfahrungen der Sozialdemokratie im letzten Wahlkampf doch reichlich übertrieben. Immerhin sollte diese Kampfanlage „auf Leben und Tod“ — und das ist bei Dittmann wörtlich zu nehmen — den bürgerlichen Wählern zu denken geben, nicht nur über den Marxismus und seine Absichten, sondern auch über diejenigen anderen Parteien, die mit ihm zusammenzugehen bereit sind.

### Der Jungdo nicht parteigebunden

Berlin, 20. August. Im „Jungdo“ veröffentlicht heute der Komtur der Partei Groß-Berlin des Jungdoischen Ordens, Ernst Helmers, einen Aufsatz „Parole 1929 — Parole 1930“, in dem es heißt: „Es sei betont, daß der Jungdoische Orden nach wie vor ein unparteiischer Bund ist und bleibt! Seinen Mitgliedern, unseren Jungdoischen Schwestern und Brüdern, steht es absolut frei, in welcher parteipolitischen Gruppe sie sich persönlich betätigen wollen. Außerdem können staatsbejahende deutsche Menschen verschiedener Parteien oder sonst nicht politisch organisierte jederzeit in den Jungdoischen Orden als neue Mitglieder aufgenommen werden. Für uns Jungdoische gibt es keinen Zweifel darüber, daß Volkswirtschaftliche Vereinigung und Deutsche Staatspartei vorübergehende Zweckorganisationen sind. Das Ziel bleibt, der ruhmreichen Partei in der Erscheinung des Reiches, ist nur unser Orden. In dieser Erkenntnis liegt die unparteiische Haltung und Grundeinstellung des Ordens voran, die uns über alle Tagesfragen und taktischen Zwischenfälle hinaus das Kernziel nicht aus dem Auge verlieren läßt.“

### Herbstmanöver

Die „Organisation des Friedens“ ist trotz aller Mißerfolge auf diesem Gebiet immer noch das große Schlagwort der internationalen Politik. Die Völkervereinigung im September wird bei der Behandlung von Brändts Panuropa-Projekt wieder im Zeichen dieser Bestrebungen stehen. Aber man weiß von vornherein: das ist alles nur Schein; ein Turnierplatz für gewiegte Diplomaten, auf dem sie die Kräfte des Weltfriedens kreuzen und an die nächsten Kriegsmöglichkeiten denken, wenn sie von der menschheitsbeglückenden Idee des Friedens reden. Während sie am grünen Tisch mit Worten paradiere, tummelt sich Mars auf den abgeernteten und reibendurchweichten Feldern Panuropas in voller Kriegspracht. Ueberall Manöver zur Organisation des Krieges. Und das ist die raue Wirklichkeit. In Frankreich und England, in Polen, in der Tschechoslowakei und in Italien, in allen militärisch bedeutenden Ländern sucht man sich gegenseitig zu übertreffen mit der Entfaltung immer größerer Verbände und mit der Verwendung noch wirksamerer Kriegsmittel.

Run bedeuten Manöver ja keineswegs den Willen zum Krieg; sie besagen höchstens, daß trotz aller Bemühungen um die Abrüstung immer noch der alttrübsame Grundfalsch gilt, daß man sich zum Krieg wappnen müsse, wenn man den Frieden will. Und man wird vielleicht einwenden, daß doch auch die deutsche Reichswehr mitmache im Reigen der europäischen Herbstmanöver. Allerdings, nach einer Pause, die mit Sparsamkeitsrückichten begründet wurde, hat die Heeresleitung darauf bestanden, daß den Truppen wieder Gelegenheit zu Übungen in größeren Verbänden gegeben werde. Sehr zum Leidwesen unserer wehrfeindlichen Parteien, die am liebsten die ganze „Soldatenspielerlei“ an den Nagel hängen und den Staat wehrlos den äußeren und inneren Feinden ausliefern möchten. Aber gerade, wenn man die Art und Anlage dieser deutschen Manöver von 1930 mit den anderen, besonders mit den französischen, vergleicht, dann gewinnt man erst ein richtiges Bild von der Schwäche unserer Wehrorganisation, von ihrer Untauglichkeit für die deutschen Bedürfnisse und von der Unfähigkeit aller jener Behauptungen über Deutschlands kriegerische Absichten und den Revanchegestirb seiner Politik, mit denen die feindliche Propaganda gegenwärtig in aller Welt wieder haustieren geht. Die deutschen und die französischen Manöver nebeneinander gestellt, das gibt ein Bild von zwei Soldaten, deren einem die weite Uniform am hageren Leib schlottert, weil die französische Volkskraft den überspannten Rahmen der Heeresorganisation nicht auszufüllen vermag, während der andere die Dürftigkeit seiner Ausrüstung bei jeder Bewegung zu spüren droht, weil die deutsche Wehrkraft in die kleinen Verhältnisse der Reichswehr nicht hineinpaßt.

Kußerlich sieht das Bild freilich anders aus, gerade umgekehrt. Denn die deutsche Heeresleitung muß, um den Mangel an Truppen zu überbrücken und um keine allzu großen Kosten durch Transporte aus allen Teilen des Reiches zu verursachen, ihre Manöver in Form einer „Mahnübung“ gestalten. Das weite Schlachtfeld im Raum zwischen Bamberg-Roburg-Meinungen-Risingen ist zum größten Teil leer; denn die Mehrzahl der Bataillone und Batterien ist nur markiert. An Stelle der Volkstruppen, die man sich als vorhanden denkt, operieren nur die Stäbe, die wirklich vorhanden sind und auf Grund der Erfindungen des Nachrichtenendienstes ihre Maßnahmen treffen. Verschiedene unentbehrliche Kampfmaschinen, wie schwere Artillerie, Flugzeuge und Kampfwagen, fehlen ganz. Sie müssen durch „Annahmen“ ersetzt werden. Auf diese Weise können wenigstens die Führer eine annähernd kriegsmäßige Tätigkeit ausüben, aber zu einem wirklich kriegsmäßigen Manöver ist die Entfernung von dieser Mahnübung noch weit.

Dagegen kommen die französischen Manöver in Vortruppen dem „Erfüll“ so nahe, daß nur noch mit scharfer Munition geschossen zu werden braucht, um aus dem Waffenspiel den Krieg zu machen. Nicht nur wegen der Ansammlung von 50 000 Mann aktiver Soldaten und Reservisten, sondern wegen der kombinierten Anwendung aller technischen Hilfsmittel, welche die moderne Kriegsführung angeht, hat fünf kriegsmäßige Infanteriedivisionen mit allem Zubehör an schwerer Artillerie, Genietruppen, Tanks, Luftstreitkräften und Abwehrformationen entfalten sich, nicht ohne Rücksicht an der deutschen Grenze, zu einem zehntägigen Feldzug, in dem alle Erfahrungen der deutschen Friedensarbeit zur Anwendung kommen. Nach unserem früheren System werden zum erstenmal die Reservisten auf Truppenübungsplätzen zusammengezogen und von dort zum Abschluß ihrer selbständigen Ausbildung zur Teilnahme an den Manövern geschickt. Frankreich als das Volk in Waffen erprobt damit seine im vorigen Jahre abgeschlossene militärische Neuorganisation im größten Maßstab und Deutschland trägt mit seinen Tribut die Kosten für diese gewaltige Kriegsvorbereitung, während es sich selbst mit Flagen und Pappattrappen behelfen muß, um seiner kleinen Wehrmacht die notwendige Ausbildung zu gewähren. Nachdem es mit der allgemeinen Abrüstung auf Grund des Versailler Vertrages nichts geworden ist, gehört auch das zum Kapitel der „europäischen Gleichberechtigung“, von der Treviranus sprach und worüber man sich in Paris so sehr erbot hat.

Neben diesen allgemeinen Manövern sind in diesem Jahr Spezialmanöver der Luftwaffe sehr beliebt geworden.

## Ein Versuch zur Lösung der bayerischen Krise

### Auftrag an die Sozialdemokraten

München, 20. Aug. Der Landtagspräsident hat der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags als der stärksten Fraktion in der Opposition den Auftrag erteilt, die Frage der Bildung einer neuen Regierung in die Wege zu leiten und ihm innerhalb zehn Tagen Bericht über das Ergebnis zukommen zu lassen.

Die „Bayerische Volkspartei“ erklärt, die Bayerische Volkspartei sei sich sehr wohl der Verantwortung bewußt, die sie dadurch übernehme, daß sie der Opposition den Weg freimache, nunmehr ihr Teil in einer neuen Regierungsbildung zu versuchen, an der die Bayerische Volkspartei keinen Anteil übernehmen könne. Man könne weder von der geschäftsführenden Regierung, noch von der hinter ihr stehenden Bayerischen Volkspartei verlangen, daß sie der Opposition die Erfahrung über den Unterchied zwischen einer geschäftsführenden Regierung und einer politisch verantwortlichen Regierung ersparen werde.

Mit der Ablehnung der Deckungsvorschläge hat auch in Bayern der Parlamentarismus kapituliert. Denn die Abstimmung im Münchener Landtag war kein Sieg über die Regierung, sondern eine Flucht vor der Verantwortung. Die Schlachtsteuer, die das Pfund Fleisch nur um 2 Pfennig verteuern, aber die bayerischen Finanzen aus ihrer Misere retten sollte, ist vor kurzem durch Rotverordnungen eingeführt worden, weil sich der Landtag beharrlich weigerte, von sich aus für Deckung des wachsenden Defizits zu sorgen. Durch den blutigen Widerstand des radikal gestifteten Bayerischen Bauernbundes war darüber die Regierungskoalition bereits in die Brüche gegangen. Seit dem Rücktritt des Landwirtschaftsministers Febr war das Kabinettskabinett eine Minderheitsregierung geworden. Seine Niederlage bedeutet also nur die Bestätigung eines seit Wochen bestehenden Zustandes, und der Rücktritt ist die unvermeidliche parlamentarische Konsequenz. Damit ist aber für die Gegner der Regierung gar nichts gewonnen; die Schwierigkeiten beginnen vielmehr erst jetzt. Denn die bunt zusammengewürfelte Opposition konnte wohl die Aufhebung der Schlachtsteuerverordnung erzwingen und damit den bayerischen Haushalt von neuem über den Haufen werfen; sie ist aber nicht imstande, von sich aus etwas Neues zu schaffen. Die jetzt mit der Regierungsbildung beauftragte Sozialdemokratie vermag eine Mehrheitsregierung nur zustande zu bringen, wenn sie mit der Bayerischen Volkspartei eine schwarz-rote Koalition schließt, und dazu ist keiner der beiden Partner geneigt. Ganz abgesehen von den anderen Gegenfragen, würde eine solche Regierungsgemeinschaft schon an der Finanzfrage scheitern, weil die Sozialdemokraten die Deckungsdeckung auf Kosten der Kirche wollen — ein religionsfeindlicher Weg, den die kirchliche Bayerische Volkspartei nie beschreiten wird. Die radikalste Lösung durch Neuwahlen ist ebenfalls nicht möglich, weil das bayerische Wahlgesetz durch Urteil des Münchener Staatsgerichtshofes für verfassungswidrig erklärt worden ist und erst geändert werden muß, bevor der letzte Landtag auseinandergeht. Da noch nicht einmal die Vorbereitungen dazu getroffen sind, kann er auch nicht in Würde sterben. Die Folge wird sein, daß nun auch in Bayern nach dem Scheitern des sozial-

demokratischen Versuchs eine geschäftsführende Regierung mit geminderter Autorität und Aktionsfähigkeit auf unabsehbare Zeit amtiert wird, einfach deshalb, weil sich das Parlament seinen wichtigsten Aufgaben verweigert. Ganz nach dem schifflichen Vorbild ist damit auch im zweitgrößten deutschen Land der Parlamentarismus am Ende seines Daseins angelangt.

### Französische Phantasien über die Hoelsch-Reise

Paris, 20. August. Die französische Presse beschäftigt sich am Mittwoch mit der Berliner Reise des deutschen Vorkämpfers v. Hoelsch und behauptet, daß dieser sich mit Dr. Curtius über die Treviranus-Rede, den Fall Exwelter und die Separatistenverfolgungen unterhalten werde. Von maßgebender deutscher Seite wird diese Darstellung zurückgewiesen und erklärt, daß die Reise des Vorkämpfers und sein Zusammentreffen mit dem Reichsaussenminister schon vor längerer Zeit festgesetzt worden sei. Es liege für Hoelsch nicht der geringste Anlaß vor, sich mit Dr. Curtius über die Rede des Reichsministers Treviranus zu unterhalten.

### Blinder Eifer

Paris, 20. Aug. Vom Militärgericht ist heute im Wiederholungsvorgang der vor 35 Jahren nach Kalifornien ausgewanderte Elsäßer Hartmann, der 1919 von einem französischen Kriegsgericht wegen angeblicher Spionage in contumaciam zum Tode verurteilt worden war, freigesprochen worden. In dem Spionageprozeß von 1919, der damals großes Aufsehen erregte, waren der französische Schriftsteller Henri Gibbeaux und ein gewisser Dr. Charles Hartmann beschuldigt worden, mit ausländischem Geld passivistische Zeitschriften unterstützt und auch sonst die Fortführung des Krieges gerichtete Bewegung gefördert zu haben. In der Begründung des heutigen Urteils, das Hartmann völlig entlastet und rehabilitiert, wird festgestellt, daß Hartmann bis vor wenigen Monaten, als er seinem elsässischen Geburtsort einen Besuch abstatte und verhaftet wurde, Amerika überhaupt nicht verlassen hatte, und daß das gegen Hartmann gefällte Todesurteil von 1919 einen Unbekannten betrifft, der sich die Ausweis-papiere Hartmanns angeeignet hatte. Ueber die Art und Weise, wie der Unbekannte in den Besitz seiner Ausweis-papiere gekommen war, konnte Hartmann heute keine Angaben machen. Nach der Verkündung des Urteils wurde er sofort auf freien Fuß gesetzt.

### Mit dem Maschinengewehr desertiert

Berlin, 20. Aug. Nach einer Meldung aus Prag verschwand ein Soldat des 6. Reiterregiments gestern während der Manöver unter Mithilfe eines leichten Maschinengewehrs. Er gab an, nach Troppau zu fahren, ist jedoch dort nicht eingetroffen. Die Militärbehörde nimmt an, daß er sich nach Deutschland begeben hat.